

# Härtere Gangart der Deutschen

Luftverkehrsabkommen mit Deutschland: Deutscher Bundesrat blockiert Staatsvertrag mit der Schweiz

**BERLIN:** Das Luftverkehrsabkommen zwischen der Schweiz und Frankreich hat gestern eine neue Wendung genommen. Nach dem Nein des Nationalrats am Mittwoch hat auch der Deutsche Bundesrat das Abkommen vorläufig blockiert.

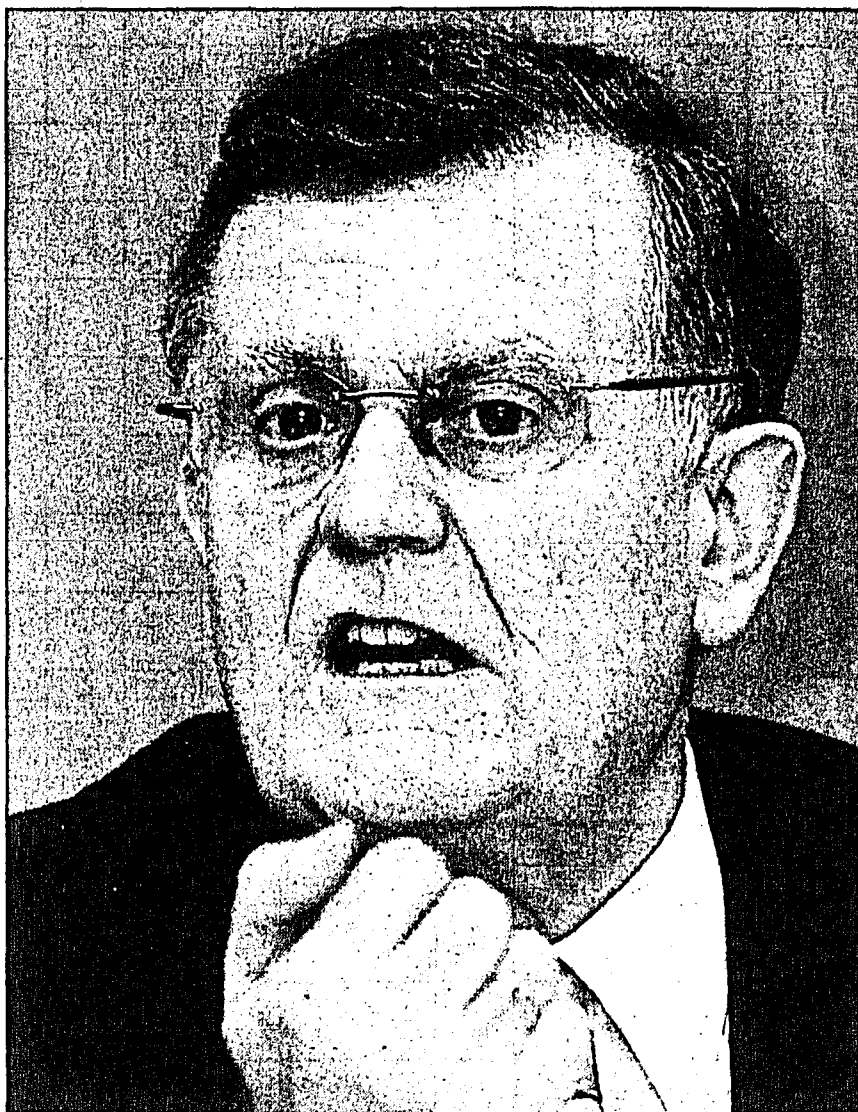
Die Unions-Mehrheit ist gegen die Ratifizierung. Sie hat gestern deshalb den parlamentarischen Vermittlungsausschuss aufgerufen. Dieser wird versuchen, die andere deutsche Bundeskammer, den Bundestag, umzustimmen, welche dem Luftverkehrsabkommen ursprünglich zugestimmt hat.

Ohne die Mehrheit des Bundestags kann die Unions-Mehrheit das Abkommen nicht umstürzen. In Bundesbern glaubt man zur Zeit aber nicht, dass der Bundestag seine Meinung noch ändern wird, wie Daniel Göring, Sprecher des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (BAZL), gegenüber der Nachrichtenagentur sda sagte. Denn in diesem herrschten die gleichen Mehrheitsverhältnisse wie in der Regierung.

In der Schweiz berät der Ständerat im Herbst als zweite Kammer über das Luftverkehrsabkommen. Im Departement von Bundesrat Moritz Leuenberger gibt man die Hoffnung noch nicht ganz auf, dass der Vertrag seitens der Schweiz doch noch zustande kommt.

## Leuenberger hatte Parlament gewarnt

Den Negativentscheid des deutschen Bundesrates bedauerte Bundesrat Moritz Leuenberger. «Ich hatte das Parlament davor gewarnt. Leider haben sich meine Befürchtungen nun bewahrheitet», sagte der Verkehrsminister in Innsbruck.



In der Sitzung kritisierte der baden-württembergische CDU-Ministerpräsident Erwin Teufel den vom Bundestag beschlossenen Staatsvertrag hart.

Er traf sich dort mit den Umweltministern Deutschlands, Österreichs und Liechtensteins und dem deutschen Minister Jürgen Trittin. Deutschland bleibe leider von Gesetzes wegen nichts anderes übrig, als nun eine härtere

Gangart einzuschalten, als es das Luftverkehrsabkommen ermöglicht hätte, sagte Trittin.

## Kritik von Teufel

Der baden-württembergische CDU-

Ministerpräsident Erwin Teufel kritisierte in der Ländersitzung den vom Bundestag beschlossenen Staatsvertrag hart. Er belaste die süddeutschen Anlieger des Flughafens Zürich-Kloten weiterhin mehr als die Schweiz selbst.

«Viele betroffene Gemeinden sind verärgert», sagte Teufel. Mehr als 90 Prozent der Kloten-Anflüge führten über Südbaden. Wartende Maschinen kreisten nur über Deutschland. Der zwischen Berlin und Bern ausgehandelte neue Staatsvertrag löse diese Probleme nicht.

Teufel dankte Berlin ausdrücklich für das Aufgreifen des Themas. «Aber das Ergebnis des Staatsvertrags ist unzureichend, und deshalb wird er von allen betroffenen Gemeinden und Landkreisen abgelehnt. Er wird auch vom Land Baden-Württemberg abgelehnt.»

## Neue Verhandlungen verlangt

Die Ablehnung des Staatsvertrags im Schweizer Nationalrat an diesem Mittwoch und die Anrufung des Vermittlungsausschusses in Berlin biete eine Chance auf Änderungen. «Wir wollen neue Verhandlungen mit der Schweiz», sagte Ministerpräsident Teufel. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Verkehrsministerium, Angelika Mertens, plädierte vergeblich für eine Zustimmung des Bundesrats. Mehr als der vorliegende Vertrag sei in Verhandlungen mit der Schweiz nicht erreichbar.

Mertens bekräftigte die Ankündigung von Verkehrsminister Kurt Bodewig, nach einem endgültigen Scheitern des Vertrags auf Schweizer Seite einseitig einschneidende Flugbeschränkungen zu verfügen und die Luftverkehrskontrolle über Südbaden wieder nach Deutschland zu holen.

## Kritik an Busek

**BELGRAD/BERLIN:** Das jugoslawische Aussenministerium hat gestern Kritik am Stabilitätspakt-Beauftragten Erhard Busek geübt. In einem Interview mit der deutschen «tagesschau» (taz) hatte Busek auf die Frage, ob er der Meinung sei, dass das Kosovo langfristig unabhängig werde, geantwortet: «Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich hier eine Lösung abzeichnen wird. Dies ist jedoch nicht Aufgabe des Stabilitätspakts.» Das Belgrader Aussenministerium teilte in einem Communiqué mit, eine solche Meinung stehe im Widerspruch zu den Bemühungen, Frieden und der Stabilität in der Region weiter zu festigen.

## Zehn Flüchtlinge ertrunken

**TUNIS:** Vor der tunesischen Küste sind nach Zeitungsberichten zehn Flüchtlinge bei dem Versuch ertrunken, das Boot eines Schleppers zu erreichen. Sie hätten zu einer Gruppe von etwa 120 Personen gehört, die am vergangenen Wochenende von der Halbinsel Cap Bon nordöstlich von Tunis aus zur 60 Kilometer entfernten italienischen Insel Pantelleria übersetzen wollten, wie die Tageszeitung «Le Temps» schrieb. Das Boot habe aber nur 70 Personen an Bord nehmen können.

Da die Flüchtlinge sich dem Bericht zufolge weigerten, Lose zu ziehen, soll der Kapitän, vermutlich ein Tunesier, erklärt haben, er werde hinausfahren und die 70 an Bord nehmen, die das Boot als Erste schwimmend erreichen. Bei dem abschliessenden Wetschwimmen kamen vier Tunesier sowie weitere Flüchtlinge aus Guinea, Niger und Nigeria ums Leben, wie die Zeitung berichtete. Die tunesische Küstenwacht habe das Boot des Schleppers später aufgegriffen und Besatzung und Passagiere festgenommen.

## Mary Robinson ausgezeichnet

**PARIS:** UN-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson ist gestern in Paris mit dem Felix-Houphouët-Boigny-Friedenspreis der UNESCO ausgezeichnet worden. Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur würdigte damit den Einsatz der früheren Präsidentin von Irland für die Menschenrechte. Der seit 1989 vergebene Preis ist mit 122 000 Euro dotiert.

Die Entscheidung sei «einstimmig und enthusiastisch» gefallen, hatte Jury-Präsident Henry Kissinger nach der Entscheidung im letzten Jahr erklärt. Die Hochkommissarin kündigte im März an, im September aus dem Amt zu scheiden. Die New Yorker Organisation Human Rights Watch kommentierte, Robinson zahle einen Preis dafür, «öffentlich grosse Regierungen wie die USA und Russland anzugehen, wenn sie gegen Menschenrechte verstossen».

## Untersuchung angeordnet

**LONDON:** Die britische Regierung will Berichten nachgehen, wonach ein am Donnerstag bei einem Bombenanschlag in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad getöteter Brite in den Schmuggel von Alkohol verwickelt gewesen sein soll. Aussenminister Jack Straw erklärte gestern, er sei beunruhigt über Berichte der saudi-arabischen Behörden, dass der 33-Jährige deshalb Ziel eines Anschlags gewesen sei. Die Zeitung «Daily Telegraph» meldete gestern unter Berufung auf saudi-arabische Behördenkreise, diese vermuteten wegen der Ähnlichkeit des Anschlags mit früheren Explosionen in Riad einen Zusammenhang mit dem Alkoholschmuggel. Möglicherweise handele es sich um eine Auseinandersetzung zwischen Schmugglerbanden. Alkohol ist in dem muslimischen Land verboten, aber nicht schwierig zu bekommen.

## 1 Franken Schadenersatz gefordert

**BELLINZONA:** Der ehemalige Staatsanwalt Jacques Ducry fordert vom Kanton Tessin einen symbolischen Schadenersatz in der Höhe von 1 Franken. Ducry ist der Meinung, dass die Publikation eines internen Rapports seine Persönlichkeitsrechte verletzt habe.

Das Aufsichtsorgan der Tessiner Justiz hatte ihm vor einem Jahr in einem internen Bericht Vorwürfe im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen Lega-Präsident Giuliano Bignasca gemacht. Der Bericht wurde anschliessend an Medien und Grossräte verteilt. Darin wurde eine Reise im Jahr 1995 nach Mailand aufgear-

beltet. Ducry, der damalige Staatsrat Dick Marty und Ex-Polizeikommissar Fausto Cattaneo trafen dort einen Vertreter der amerikanischen Drogenbekämpfung - allerdings ohne offiziellen Auftrag.

## Der grosse Rat lehnte eine PUK ab

Cattaneo und Ducry hatten damals vorgehabt, einen Geheim-Pool zur Bekämpfung der Drogenmafia zu schaffen. Wer von den beiden die Initiative dazu ergriffen hatte, ist bis heute unklar. Die Idee der Geheimpolizei ist nach der Rückkehr aus Mailand versandet.

## Indien testet Raketen

**ISLAMABAD/DELHI:** Indien hat gestern zwei Panzerabwehrraketen getestet. Die Tests der Nag-Rakete seien erfolgreich verlaufen, erklärte das Verteidigungsministerium in Neu Delhi.

Sie stünden in keinerlei Zusammenhang mit den anhaltenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan wegen des Kaschmir-Konflikts, hiess es beim Verteidigungsministerium. Es handle sich um lange geplante Aktionen. Erst nach weiteren Überprüfungen könne die Rakete in die Produktion gehen.

Bei neuen Zusammenstössen entlang der indisch-pakistanischen Waf-

fenstillstandslinie in Kaschmir selbst wurden gestern mindestens 13 Menschen getötet und 11 weitere verletzt.

Die Zeitung «Jang» in Islamabad berichtete, indische Truppen hätten über den Fluss Neelum zwei Kleinbusse und einen Lastwagen mit Granatwerfern und Gewehren beschossen.

In einem weiteren Zwischenfall in dem Gebirgstal kamen sechs pakistanische Soldaten ums Leben und acht wurden verletzt, als ihr Fahrzeug von der Strasse in die Schlucht des Flusses stürzte, wie die Zeitung «Dawn» berichtete.

## Verkehr lahm gelegt

**ROM:** Bei brütender Hitze hat ein Streik bei Bus, Strassenbahn und U-Bahn den Verkehr in mehreren italienischen Grossstädten lahm gelegt. In Rom, Mailand, Neapel, Turin und Florenz legten die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe die Arbeit nieder, um ihrer Forderung nach einer Lohnerhöhung Nachdruck zu verleihen. Für heute wurden weitere Streiks angekündigt.

Bei Temperaturen von über 30 Grad bildeten sich lange Schlangen vor den Taxiständen. Die Pendler versuchten, sich an die von Stadt zu Stadt verschiedenen Streikzeiten anzupassen. Ahnungslose Touristen jedoch warteten vergeblich an den Haltestellen.

Nach Italien reisende Touristen könnten es am Wochenende schwer haben: Die Beschäftigten der staatlichen Bahngesellschaft wollen heute ab neun Uhr für 24 Stunden die Arbeit niederlegen. Nur wenige Zugverbindungen zwischen Mailand und Rom sowie vom Süden in die Hauptstadt sollen aufrechterhalten werden.

# Stoiber beruft Merz als Finanzexperten

Friedrich Merz kündigt radikale Steuerreform und Aussetzen der Ökosteuer an

**BERLIN:** Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber und CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz haben für den Fall eines Wahlsieges Steuererleichterungen erst ab 2004 in Aussicht gestellt. Als Experten für Haushalt und Finanzen berief der Kanzlerkandidat Merz in sein Wahlkampfteam.

Für den Fall eines Sieges bei der Bundestagswahl am 22. September kündigte Stoiber ein finanzpolitisches Sofortprogramm mit drei Punkten an. Zunächst müsse ein Kassensturz erfolgen, sagte Stoiber. Der Haushaltsentwurf von Finanzminister Hans Eichel für 2003 habe «mehr mit Wunschen als mit Realismus zu tun».

## «Länder fast ausgeplündert»

Die Union plane zudem, die nächste Stufe der Ökosteuer auszusetzen und damit Wirtschaft und Verbraucher um drei Milliarden Euro zu entlasten.

Dritter Punkt sei eine neue umfassende Steuerreform zum 1. Januar 2004. Damit solle unter anderem der Eingangssatz der Einkommensteuer



Als viertes Mitglied in seinem Wahlkampfteam hat Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber (rechts) Unionsfraktionschef Friedrich Merz vorgestellt.

unter 15 und der Spitzensatz unter 40 Prozent gesenkt werden. Der Bundesregierung warf Stoiber vor, sie habe die Länder und Kommunen «fast ausgeplündert». Viele Städte lägen finan-

ziell am Boden. Für die Länder forderte der Kanzlerkandidat mehr Steuerautonomie und eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern.